

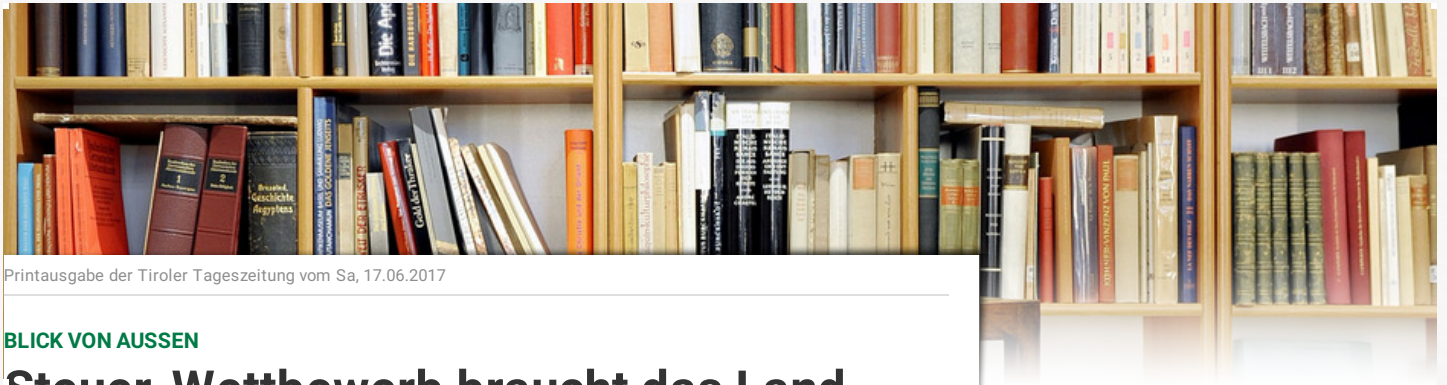
TT TESTEN
und Finger Spinner
dazu erhalten!



TT TESTEN
UND 10 VVT-
TIROL-TICKETS
GEWINNEN

TT.COM > WIRTSCHAFT > WIRTSCHAFTSPOLITIK > STEUER-WETTBEWERB BRAUCHT DAS LAND

TOP-THEMA: BLICK VON AUSSEN



Printausgabe der Tiroler Tageszeitung vom Sa, 17.06.2017

BLICK VON AUSSEN

Steuer-Wettbewerb braucht das Land

Steuer- und Ausgabenverantwortung gehören zusammen. Kann der fiskalische Wettbewerb von Ländern und Gemeinden die Politik verbessern? Sind regionaler Ausgleich und Solidarität möglich? Ein Ausblick.

[Alle Artikel aus dem Dossier](#)

ARTIKEL

DISKUSSION



Auch zwischen den Bundesländern wäre ein fiskalischer Wettbewerb nötig. Dies würde Länder und Gemeinden anspornen.

© iStock

Von Christian Keuschnigg

Südtirol trifft sich zum Autonomiekonvent. Was heißt Autonomie? Damit ist Selbstbestimmung gemeint. Sich in den wichtigen Angelegenheiten von anderen dreinreden und Vorgaben machen zu lassen, ist wohl eher nicht Autonomie. Umso verschiedener ein Land ist, desto wichtiger ist lokale Autonomie für das Zusammenleben im gemeinsamen Staat. Die Frage nach Verantwortung und Kompetenzen der Regionen stellt sich in jedem föderalen Land, auch bei uns in Österreich.

Frage der Verantwortung

Stadt und Land, Industrie- und Tourismusgebiete, Gemeinden in Berggebieten und im Flachland brauchen eine andere Politik. Die Verhältnisse in Tirol sind ganz anders als in Wien und im Burgenland. Die Politik auf die lokalen Verhältnisse zuzuschneiden, gelingt vor Ort am besten. Das Subsidiaritätsprinzip sagt, dass der Bund nicht an sich reißen soll, was Gemeinden und Länder selbst machen können. Autonomie und Demokratie nehmen in Tirol sicher nicht zu, indem möglichst viele Dinge in Wien entschieden werden. Aufgaben mit begrenzter regionaler Reichweite wie z. B. Schulwesen, Krankenhäuser, Wohnungswesen und örtlicher Verkehr sind in den meisten Staaten überwiegend in der Verantwortung von Ländern und Gemeinden.

Viele Köche

Wer Verantwortung übernehmen und den Wählern Rechenschaft ablegen soll, muss an allen Hebeln der Politik drehen können. Wie kann sich jemand rechtfertigen, wenn ihm die Hände gebunden sind? In Österreich ist jedoch die Autonomie der Länder und Gemeinden schwer beeinträchtigt. Mehrfachzuständigkeiten und Kompetenzverflechtung verhindern autonome Entscheidungen. Dazu sagt der Volksmund: Viele Köche verderben den Brei.

Die Länder und Gemeinden können auch nicht über ihre Einnahmen entscheiden. Diese sind fast vollständig mit Finanzaufweisungen und den Anteilen an den gemeinsamen Steuern vorgegeben. Beim wichtigsten Instrument der Wirtschaftspolitik sind ihnen die Hände gebunden. Sie können sich keine Mehreinnahmen holen, um wichtige Großprojekte zu finanzieren. Weil sie an der Steuerschraube nicht drehen können, macht auch das Sparen keinen Sinn. Sie können die Steuern nicht separat für die eigenen Bürger absenken. Sie können bei den Wählern nur damit punkten, indem sie die zugewiesenen Einnahmen bis zum letzten Euro ausgeben und nachher beim Finanzminister klagen, dass es nicht reicht.

Steuerwettbewerb

Das steuerbare Einkommen ist einmal nach einheitlichen Regeln zu ermitteln. Es wäre kein Mehraufwand, davon einige Prozentpunkte an den Bund, das Land und an die Gemeinde zu überweisen. Das Gleiche gilt für die Körperschaftssteuer.

In einem einfachen Zuschlagssystem könnten Länder und Gemeinden ihre Prozentpunkte wählen und ihre Einnahmen selbst bestimmen. Ja, dadurch entsteht Steuerwettbewerb! Aber schon heute gibt es einen Ausgaben- und Subventionswettbewerb nach oben. Das verlangt dringend nach einem Steuerwettbewerb nach unten, damit es zu einem ausgewogenen Politikergebnis kommt.

An allen Hebeln drehen

Wettbewerb ist in der Wirtschaft eine Triebkraft für Innovation, um gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung herauszuholen. Fiskalischer Wettbewerb kann auch Länder und Gemeinden zu neuen Lösungen anspornen, um ein Politikangebot mit einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis zusammenzustellen.

Andere Regionen können Bewährtes übernehmen und Fehlritte vermeiden. Aber dazu muss die Politik an allen Hebeln drehen. Politiker, die gegen Steuerwettbewerb sind, wollen jedoch nur mit hohen Ausgaben glänzen, aber nicht für eine niedrigere Steuerbelastung kämpfen. Sie wollen nicht entscheiden, wie viel Steuerbelastung sie ihren Bürgern zumuten wollen. Wo bleibt da der Gestaltungsanspruch der Politik?

Fiskalischer Wettbewerb hat Folgen. Er spornt die Länder und Gemeinden an, mit einem Bündel von attraktiven Ausgaben und günstiger Steuerbelastung „ihre“ Familien und Unternehmen besser zu bedienen als anderswo. Dabei gibt es keinen ruinösen Steuerwettbewerb. Die Regionen brauchen Steuereinnahmen, um attraktive Ausgaben zu finanzieren. In der Schweiz streuen die Spitzensteuersätze der Einkommensteuer zwischen 45 Prozent in Genf und 23 Prozent in Zug. Der effektive Gewinnsteuersatz der Unternehmen beträgt in Genf 24 Prozent und in Luzern etwa zwölf Prozent.

Trotzdem bleibt Genf eine attraktive Region, die keine große Abwanderung fürchten muss. Offensichtlich stimmt das Steuer- und Ausgabenpaket. Auch andere vorteilhafte Standortfaktoren binden Familien und Unternehmen an die Region. Zürich und Wien bleiben als Zentren attraktiv, auch wenn die Steuern etwas höher sind. Aber wie sonst können sich ländliche Kantone wie Obwalden, Appenzell, Glarus und Schwyz behaupten, wenn nicht mit niedrigen Steuern?

Wenn die Regionen so unterschiedlich sind, brauchen sie mehr oder weniger Ausgaben und daher höhere oder tiefere Steuern. Es macht wenig Sinn, über einen Kamm zu scheren, was so unterschiedlich ist.

Neuer Finanzausgleich

Der fiskalische Wettbewerb braucht Leitplanken: einen transparenten Finanzausgleich und wirksame Schuldenbremsen. Der Finanzausgleich „passiert“ in Österreich mit einer unüberschaubaren Zahl von Finanzzuweisungen in alle Richtungen und mit der Zuteilung von gemeinsamen Steuern nach einem fixen Verteilschlüssel. Das ist nicht transparent, nicht nachvollziehbar und setzt gewaltige Fehlanreize. Niemand überschaut, wer genau Nettozahler und Nettoempfänger ist und wie groß die Zahlungsflüsse tatsächlich sind. Da hilft nur noch ein Systemwechsel. Die Länder und Gemeinden brauchen Steuerautonomie, um ihre Mehrausgaben selbst zu zahlen und die Steuerrechnung vor den Wählern selbst zu verantworten.

Systemwechsel notwendig

Den Zusammenhalt sichert ein transparenter Finanzausgleich. Die starken Regionen zahlen ein und die schwachen erhalten einen Zuschuss. Solche Zahlungen müssen auf objektive Kennzahlen des Ausgabenbedarfs und der Steuerkraft abstellen und nicht auf die tatsächlich gewählten Steuern und Ausgaben.

Es darf nicht möglich sein, die Steuern zu senken und Mehrausgaben zu tätigen, um auf Kosten anderer mehr aus dem Finanzausgleichstopf herauszuholen. Wie solche „ressourcenabhängige“ Zahlungen funktionieren, zeigt die Schweiz. Im Jahr 2016 zahlte der reiche Kanton Zug pro Kopf der Bevölkerung 2660 Franken in den Finanzausgleich ein, und der arme Kanton Uri erhielt 1960 Franken pro Kopf heraus. Um diese Zahlungen gibt es einen heftigen Streit. Aber wenigstens wissen die Schweizer, worüber sie streiten.

Schuldenbremse einführen

Zudem braucht es wirksame Schuldenbremsen für Länder und Gemeinden. Eine Schuldenbremse soll den Ausgleich von normalen Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben zulassen. Auch die Finanzierung von großen Investitionen soll mit Schulden

möglich sein, aber verbunden mit einem klaren Rückzahlplan.

Es darf nicht möglich sein, sich mit rücksichtsloser Finanzpolitik zuerst zu bedienen und nachher andere den Schaden zahlen zu lassen. Damit Schuldenbremsen glaubwürdig sind, ist ein Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften notwendig. Im Falle einer Insolvenz verliert ein Land oder eine Gemeinde seine Eigenständigkeit. Ein „öffentlicher Insolvenzverwalter“ erhöht die lokalen Steuereinnahmen und drückt die Ausgaben auf das Notwendigste, um den Schaden für die anderen zu begrenzen. So ist am ehesten eine wirksame Finanzdisziplin möglich, um Krisen zu verhindern. Die Verantwortung für Steuern und Ausgaben gehört zusammen. Die Politik soll mit attraktiven Ausgaben, aber auch mit einer attraktiven Steuerbelastung bei den Wählern punkten.
